

# De Rude Pooz

Stadtteilzeitung der DKP Köln Innenstadt

September 2016

www.dkp-koeln.de

## STOP Ceta & TTIP!

Beim Thema Freihandelsabkommen (Ceta, TTIP, Tisa) stoßen zwei unvereinbare politische Konzepte mit hoher Energie aufeinander. Angesichts der anhaltenden Überproduktionskrise werden uns die Freihandelsabkommen als Lösung angeboten.

Sie sollen für einen Schub von Wirtschaftswachstum sorgen, in dem weitere Zollschranken und gesetzliche Umwelt-, Gesundheits- und Sozialstandards abgebaut werden. Das allerdings ist nur aus dem Scheuklappenblickwinkel der Vorstandsetagen großer Konzerne und Banken wirtschaftlich sinnvoll. Auch wenn Nahverkehr oder Müllentsorgung, kommunale Wasser- und Energieversorgung als Privatunternehmen Gewinne abwürfen, wäre das in ihrem Sinne.

Nur reiche Privatleute können sich arme Kommunen leisten. Allen anderen schadet das. Privatisierung macht die Städte und Gemeinden arm. Denn Privatunternehmen

sind nur den Investoren verpflichtet, die auf zusätzliche Profite drängen. Das führt bekanntlich zur Verteuerung und Verschlechterung ihrer Leistungen. Folglich werden derartige Pläne nicht offen gehandelt. Die Kölner CDU und Grünen haben in ihrer Kooperationsvereinbarung vom März 2016 zwar ihren festen Willen versichert, „den sozialen Frieden und die für die Wettbewerbsfähigkeit Kölns im nationalen und internationalen Rahmen erforderlichen städtischen Strukturen dauerhaft sicherzustellen“. Aber sie planen ein Sanierungskonzept für den städtischen Haushalt und „eine ehrliche Aufgabenkritik“. Vorsichtig formulierend

AUFRUF ZU BUNDESWEITEN GROSSEMONSTRATIONEN IN SIEBEN STÄDTEN



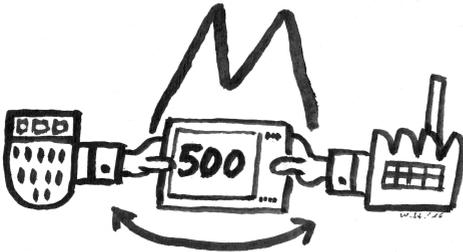
SA. 17. SEPT. 12 UHR KÖLN  
DEUTZER WERFT  
FÜR EINEN GERECHTEN WELTHANDEL!

DEMO

WWW.TTIP-DEMO.DE

BERLIN FRANKFURT/MAIN HAMBURG KÖLN LEIPZIG MÜNCHEN STUTTGART  
AM 17. SEPTEMBER 2016

und mit üblichen Vorbehalten („Dies muss in jedem einzelnen Fall sorgfältig geprüft und abgewogen werden“) wollen sie die



„Ausgliederung von Aufgaben aus der Verwaltung bzw. eine Vergabe an private Dritte“ durchsetzen.

Es gilt also, wachsam zu sein. Es sei daran erinnert, dass vor 10 Jahren mittels einer breiten Bewegung die Privatisierung der kommunalen Wohnungsgesellschaft GAG verhindert werden konnte.

Und am 17. September wird in Köln eine der sieben Großdemonstrationen dieses bundesweiten Aktionstages stattfinden. 12.00 Uhr, Deutzer Werft.

## NSU und Verfassungsschutz

„Anhaltspunkte für eine Zusammenarbeit des Verfassungsschutzes mit der rechtsterroristischen Tätergruppe gibt es derzeit nicht.“

Nach dem Bankraub am 4. November 2011 in Eisenach näherten sich Polizeibeamte dem Wohnmobil von Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt. Sie glaubten Schüsse zu hören. Das Fahrzeug geriet in Brand. Am Nachmittag brannte die gemeinsame Wohnung von Beate Zschäpe und der beiden Neonazis. Es folgte der Haftbefehl ge-

gen Zschäpe. Er legte dem NSU-Trio 10 Morde zur Last.

Für Samstag, den 19. November 2011, hatte Pro Köln in Kalk eine Demonstration angemeldet. Wegen der angekündigten Proteste sperrte die Polizei für etwa 50 Anhänger die gesamte Umgebung der Kalcker Hauptstraße ab. Sie wurden trotz der Vorkehrungen nach wenigen Metern von Gegendemonstranten gestoppt. Die DKP Köln verteilte ein Flugblatt mit dem Titel: Polizei und Verfassungsschutz schützen nicht die Verfassung, sondern rassistische Gewalttäter.

Im Text hieß es: Kaum im Amt, weiß der neue Generalbundesanwalt Harald Range schon ganz genau: „Anhaltspunkte für eine Zusammenarbeit des Verfassungsschutzes mit der rechtsterroristischen Tätergruppe gebe es derzeit nicht.“ (FAZ, 18. November 2011)

Kein Anhaltspunkt ist ihm die Tatsache, dass Tino Brandt, ein V-Mann des Verfassungsschutzes den faschistischen „Thüringer Heimatschutz“ (THS) anleitete. Dem THS gehörten Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe an. Bei einem Teil der „Bosporus“-Mordserie gegen neun Kleinunternehmer türkischer und griechischer Herkunft soll sogar ein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes aus Hessen am Tatort gewesen sein. Auch das ist angeblich kein Anhaltspunkt.

Tatsächlich gibt es eine ganze Reihe von Hinweisen, die, bitteschön, untersucht und veröffentlicht gehören. Aber offenbar soll der Generalbundesanwalt die Öffentlichkeit beruhigen. Aber gerade dieses Leug-

nen beunruhigt. Wenn jetzt schon die weitere Untersuchung behindert wird, was haben wir dann noch zu erwarten? (...) Schlußfolgerung: Der Verfassungsschutz nährt unter dem Vorwand, die NPD und andere faschistische Organisationen beobachten zu müssen, mittels V-Leuten just diese Organisationen, fördert ihr Entstehen und hält sie am Leben. Denn für den Fall krisenhafter Entwicklungen mit der Folge sozialer Unruhen, hält der kapitalistische Staat den faschistischen Terror gegen eine aufbegehrende Bevölkerung in Reserve. Deswegen schützt er das angebliche Recht von Rassisten, Rassenhass zu propagieren. Die Verfassung schützen wir am besten selbst.

Soweit unser Flugblatt vom 19. November 2011, dessen Einschätzung sich im folgenden als zutreffend erwies. Immer wieder werden durch parlamentarische Untersuchungsausschüsse neue Details der Zusammenarbeit von Verfassungsschutz und Neonazis bekannt. Auch der Landtag von NRW wird noch einige Arbeit haben.

*Paula Pawlik*

## Zwischenstand beim Kampf gegen das neue Arbeitsrecht in Frankreich

Präsident Hollande empfing während seines Urlaubs hunderttausende Postkarten: „Wir sehen uns im September wieder! Auf der Straße!“

Die Regierung hatte am 19.07.2016 eine tiefgreifende Veränderung im Arbeitsrecht ohne eigene Parlamentsdebatte und gegen

den Willen von über 70 % der Franzosen "durchgewunken".

Die Denke der Arbeitsrechts-"Reform", die offenkundig von der neoliberalen Unternehmerdoktrin bestimmt ist, der französischen Wirtschaft durch „Senkung von Arbeitskosten“ und Deregulierung von Arbeitszeiten zu mehr internationaler „Wettbewerbsfähigkeit“ und damit zu einem neuen „Aufschwung“ zu verhelfen, ist das Prinzip Betriebsvereinbarung vor Tarifvertrag. Die parlamentarische Festschreibung dieses Prinzips in 54 Artikeln und 211 Seiten stellt alle bisherige "Hierarchie der Normen" auf den Kopf und bedeutet eine tief gehende Deregulierung des französischen Arbeitsmarktes.

Laut CGT (größte französische Gewerkschaft) ging es vor allem um den Artikel 2 des Gesetzentwurfs, der in Abänderung der bisherigen arbeitsrechtlichen Regelungen den generellen Vorrang von Betriebsvereinbarungen über Arbeitszeiten, Entlohnung usw. vor Tarifverträgen und gesetzlichen Bestimmungen festschreibt - was natürlich die vollkommene Deregulierung des Arbeitsrechts und eine massive Schwächung der Mitwirkungsrechte der Gewerkschaften bedeutet.

Bei der Aushandlung einer Betriebsvereinbarung stehen dann konkret die Kollegen nur eines einzelnen Betriebes allen Branchenunternehmern gegenüber, die sich gegenseitig durch Ausgleichskassen vor etwaigen und zudem noch relativ kleinen Betriebs-Streikschäden schützen. Die im Vergleich zum Deutschen Gewerkschaftsbund kleinen französischen Gewerkschaft-

ten verfügen über keine nennenswerten Streikkassen mit denen man die Streikenden eines einzelnen Betriebes ausreichend lange unterstützen könnte. Die gewerkschaftliche Macht entfaltete sich auch bislang vor allem in der Zusammenführung der ArbeiterInnen einer ganzen Branche. Dem hat die französische Regierung jetzt einen Riegel vorgeschoben, denn die Tarifverträge wurden rechtlich tiefer gestellt als die Betriebsvereinbarungen.

Obwohl die 35-Stundenwoche (er kämpft im Jahre 2000) nominal fortbestehen bleibt, kann die wöchentliche Arbeitszeit nach dem neuen Arbeitsrecht ganz legal 46 Stunden pro Woche betragen. Diese Trickserei zu Lasten der ArbeiterInnen geschieht über den Ausgleichszeitraum in dem die durchschnittliche Arbeitszeit von 35 Stunden pro Woche eingehalten werden muss. Dieser Ausgleichszeitraum wurde von einem auf drei Jahre verlängert. (Drei Jahre bei Zustandekommen einer Betriebsvereinbarung, ansonsten gilt die einseitige Unternehmerfestlegung von drei Monaten für diese Ausgleichszeit)

In diesem Ausgleichszeitraum gibt es keine Überstunden! Die angefallenen Überstunden können erst nach drei Jahren angerechnet werden. Dann gilt aber wahrscheinlich nicht mehr der Tarifvertrag mit 25% Überstundenzuschlag, sondern eine zwischenzeitlich "ausgehandelte" Betriebsvereinbarung, die bis auf das gesetzliche Minimum von 10% herunter gehen kann. Oder es gibt gar nichts, wenn "Abfeiern" (z.B. in den flauen Zeiten) vereinbart wurde.

Der alte Unternehmer-Albtraum vom "hire and fire" - in Frankreich ist er jetzt gesetzlich geregelt. Die Bestimmungen zu "Entlassungen aus ökonomischen Gründen" geben ihm das Recht dazu, er braucht nur den Rückgang der Aufträge oder der Geschäftszahlen nachzuweisen. (Je nach Betriebsgröße innerhalb von ein bis vier Quartalen im Vergleich zum Vorjahr und ggf. unter Berücksichtigung des Weltmarktes). Also just immer dann, wenn die Konjunktur (wieder mal) schwächelt, kann der Unternehmer sich seines Kostenfaktors Mensch entledigen, den rausgeschmissenen ArbeiterInnen dagegen bleibt dann endlich mal ausreichend Zeit zum shoppen.

Im Rahmen von "Betriebsvereinbarungen zur Beschäftigungssicherung" können die Belegschaften jetzt gesetzlich geregelt zur "Arbeitsplatzsicherung" herangezogen werden: Länger arbeiten für gleichen Lohn! Die ArbeiterInnen die das ablehnen, können jetzt gesetzlich geregelt "aus ökonomischen Gründen" entlassen werden. Der Staat dagegen hilft ihnen und bietet diesen Menschen eine "personalisierte Betreuung" beim Arbeitsamt. Auf gut deutsch: Abgestempelt.

*Raimund*

## "Krass"

Die Kunstkritik. Heute:  
Thomas Richter

Die postparakubistischen Zehnminutenmalereien eines Thomas Richters belästigen einen in der linken Medienwelt auf Schritt und Tritt.

Das nebenstehende Bildchen soll uns das sozialistische Kuba vor Augen führen, an-

ders sind die drei Sonnen am Horizont sicher nicht zu deuten, denn der Himmel ist alles andere als tropisch. Eine überlebensgroße Frauengestalt vor Kirchen mit roten Fahnen und einem im Weinrausch misslungenem Horizont, nimmt die zentrale Position ein. Der Bildaufbau ist bei Richter nahezu immer derselbe: Zufällige Linien, quer verlaufend auf wahllose Fluchtpunkte, inhaltlich austauschbar. Stände da nicht "Venceremos" drüber, wäre man versucht, das Ganze auch einfach als Zotenkunst gelten zu lassen: Da steht die riesenhafte "schöne" "Kubanerin?" mit, von einem Strich (Fahnenstange?, Stricknadel? Pilum?) durchbohrter linker Hand, und pinkelt über den Bootsrand einem Fisch, der über den Wassern steht, auf den Kopp. Äh,



oder soll der mit Masern befallene "Fisch" ein "Wal?" sein, der der Frau Tinte in den Schoß spuckt? Das Krokodil daneben, sicher typisch für Kuba, ist aufgeblasen. Das es lebt, sieht man an den herzhaften Zungenküssen (Iiih) mit besagtem Fisch. Dazu die wahllose Anordnung der drei Papierschiffchen. Neben der zentral randständigen Frauengestalt vegetieren zwei kleinere Figuren: Ein krebserkrankter "Musiker?" spielt auf einem Hurlingtonschläger. Dass es eine "Gitarre" oder so was sein

soll, ist ein Witz: Keine Saiten, kein Schallloch! Die Mühe mit den Greiffingern der rechten Hand hätte sich der Pinsler sparen können. Merkwürdig auch die beinahe größte Gestalt des Bildes - ein "Vogel?" mit Krone (!). So nahe und übergroß neben die Zentralfigur an den Rand geklatscht..., da schwante dem Bauchmaler ein gestalterisches Desaster und er malte das Wesen transparent, sinnlos ist es eh. Noch ein Schiffchen in den Hals gestanz, natürlich rot beflaggt, fertig ist die kommunistische Allegorie! Die beiden Männerfiguren sind aber mit sichtbarer

Geilheit einzig an der "Frau" interessiert. Der "Musiker" sperrt dabei lüstern das Maul auf, was wohl "singen" darstellen soll, toll! Gerade die sexuellen Anspielungen und die Chuzpe, wie mit Vorbildern von Picasso bis Léger umgegangen wird, machen diese Bilder für den politischen Zweck ungeeignet. Kurz: Ganz, ganz große "moderne" Kunst! 250 Stockschläge!! Zu meiner Zeit hätte ich auch noch den Kopf des

Künstlers gefordert und auch die Kapselle der Redaktion! Aber wir wollen vorerst vom "Plongée", dem Hechtsprung durch die Guillotine absehen. So wichtig ist Kunst ja auch wieder nicht.

*Hermann-Josef Marat*

**Glückwunsch!** Am 4. Juni 2016 wurde Erasmus Schöfer 85 Jahre alt. Dieses Ereignis feierte der Verein „Literaturhaus Köln“. So heißt indes auch das Haus Großer Grie-

chenmarkt Nr. 39, vormals Haus Bachem aus dem Jahre 1590. Denkmalgeschützt. Hier findet die Lesung statt. Das Haus ist voll. Bettina Fischer begrüßt die Gäste. Erasmus Schöfer blickt auf Jahrzehnte literarischen Schaffens zurück. Christiane Bruhn, Timo Ben Schöfer und der Autor selbst tragen Texte aus diesem Zeitraum vor. 54 Jahre Schreiben, 54 Jahre Leben in drei Stunden. Namentlich in der Sisyfos-Tetralogie (2001 bis 2008) wird das politische Geschehen der Jahre 1968 bis zum Zusammenbruch der DDR aus dem Blickwinkel von Kommunisten gefasst. Der erste Text, den die Gäste zu hören bekommen, stammt von 1968. „Durch die Wüste usw.“ heißt das Hörspiel. Walter van Rossum befragt Erasmus Schöfer. Das Kriegsende hat er als Waise erlebt, der früh schon und viel selbstständig zu entscheiden hatte. Es folgt einer seiner ersten Texte, eine Rezension über Arno Schmidt von 1962, aus dem Jahr, in dem Schöfer über Heidegger promoviert hat. Die Hiroshima-Bombe ist Thema einer Erzählung. Aufs Neue berührt ihn der Text, wie der Sohn ihn vorträgt. Der Ostermarschtext von 1968 weist auf Gefährdungen, die den Autor noch heute nicht in Ruhe lassen.

In der Pause Riesling, Häppchen und Gespräche über das Birlikte-Fest und die Proteste dort gegen den Auftritt des AfD-Manns Konrad Adam. Adam will das Wahlrecht für Erwerbslose, Rentner und Kinderlose abschaffen. Adams Veranstaltung musste abgesagt werden.

Nach der Pause Texte aus der Tetralogie, unter anderem ein furioses Stück Hochofen

aus der Winterdämmerung. Am Ende ein Gedicht über Sisyfos und die Hoffnung, dass der Felsen kleiner und schließlich zum Sandkorn werde. *Klaus Stein*

## Les gens d'abord, pas le profit!

Verbreitern Verbinden Vertiefen – Solidaritätskongress 2015 der PTB/PVDA  
Das Programm der belgischen "Partij van de Arbeid" (PTB/PVDA), ist nun auch auf Deutsch erschienen: Es ist zugleich politische Einschätzung, soziologische Studie, Geschichtsbuch und Gesellschaftsentwurf. Diese Arbeiterpartei will relevant für die Mitmenschen sein, sie anhören und in ihre Arbeit einbeziehen. Es wird auf ein breites gesellschaftliches Bündnis gesetzt, ohne die marxistischen Prinzipien aufzugeben und selbstkritisch die Geschichte der eigenen Bewegung betrachtet. Wir sehen, dass Widersprüche innerhalb einer Partei nicht zur Selbstauflösung führen müssen, sondern Motor für erfolgreiche Veränderung sein können. In den Jahren von 2008 bis 2015 vergrößerte sich die Partei von 2885 auf über 10.000 Mitglieder. Das Programm bietet mehrere Schlüssel für eine erfolgreiche Arbeit an.

Die vier thematischen Schwerpunkte: Ökonomie, Frieden, Demokratische Rechte, Umwelt werden also jeweils unter historischen Gesichtspunkten und entsprechenden Auswirkungen sowie möglicher Ausblicke analysiert.

Die ökonomischen Bedingungen seit dem 2. Weltkrieg bis heute, wie z.B. Spekulation, zunehmende Arbeitslosigkeit, Minijobs, Sparmaßnahmen mit ihren

katastrophalen Auswirkungen auf die Bevölkerung werden kritischer Betrachtungen unterzogen. Die extreme Umverteilung von unten nach oben wird dargestellt und auf die Unverhältnismäßigkeit der Verteilung des Reichtums hingewiesen: Die oberste Schicht der Reichen hat Individuen geschaffen, deren persönliches Privatvermögen 25 Millionen Euro übersteigt: die Ultra Reichen. Dieser Eliteklub besteht aus 200.000 Personen, oder kaum 0,004% der erwachsenen Weltbevölkerung. Ihr Reichtum ist in den letzten Jahren pro Jahr um mehr als 10% gestiegen. Und es gibt noch einen Kern von Megareichen: Die 62 reichsten Menschen der Welt besitzen heute so viel wie 3,5 Mrd. Menschen, d.h. die Hälfte der Weltbevölkerung.“

Das Programm bleibt nicht bei der Analyse stehen, sondern verbindet sie mit dem Verweis auf die Notwendigkeit politischen Handelns, dem Aufzeigen von Handlungsmöglichkeiten und dem Ziel einer sozialistischen Gesellschaft. Damit erhält es auch einen utopischen Charakter im Sinne von gesellschaftlichem Gegenentwurf, vom Wunsch auf ein besseres Leben. Damit schafft das Programm etwas, das momentan allenthalben abhanden gekommen ist: Es erzeugt Mut, sich für Veränderung ein-

zusetzen, es kreierte die Vorstellung von einem anderen Leben, und erzeugt die Hoffnung auf dieses andere Leben, ohne die wir keine politischen Aktivitäten entfalten können.

Das Programm stammt von nahezu allen Genossen der PTB/PVDA und wurde von vielen verfasst. Ein wirkliches Gemeinschaftsprodukt also und eine lebendige Darstellung der Wirklichkeit.

*Christine Reinicke*

Zu bestellen bei: PTB-PVDA-shop, info@ptbshop.be - Boulevard Lemonnier 171, 1000 Bruxelles.

## De Rude Pooz - Pressefest

Ein wunderbar entspanntes Fest der Kölner DKP-Gruppe Innenstadt bei 33 Grad Celsius. Nun, es gibt Störungen: ein Gewitterchen, das die amphibischen Eigenschaften des Freidenkerzentrums nur kurz auf die Probe stellt. Nass ist auch ein Wasserbömbchen, das Pänz platzen ließen. Sie sind aber bald mittels Bratwürsten mit uns Ungläubigen versöhnt - und sobald Paco und Madeleine musizieren. Auch erwachsene Nachbarn nutzen das Angebot an Kuchen, Grillgut, Kölsch, Alt, Rotwein. Die Tombola sorgt durch eine erstaunlich geringe Anzahl an Nieten für glänzende Augen.

Erasmus Schöfer schildert ein Ereignis aus dem Frühjahr 2011, als ein mutiger Maulwurf, der Tischler Jonas Z., zusammen mit anderen Besetzern des Hambacher Forstes die Riesenbagger der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke aufhalten konnte. Es ist eine der «Kalendergeschichten des

### Impressum:

Herausgeber:  
Gruppenvorstand der DKP Köln-Innenstadt  
Eigendruck  
Kontakt:  
vorstand@dkp-koeln.de  
V.i.S.d.P.: Klaus Stein,  
Bayenstraße 11, 50670 Köln

rheinischen Widerstandsforschers». Walter Stehling liest diesmal nicht aus dem «Kumenistischen Manifeß op Kölsch», sondern vom Ende der Odyssee, die er mittlerweile vollständig ebenfalls ins Kölsche übersetzt hat. Er preist Odysseus als Friedenshelden, denn er habe am Ende nur einen seiner Gegner getötet.

Klaus Stein, der Kölner Kreisvorsitzende, erinnert an den Aufmacher der Kölnischen Rundschau vom vergangenen Dienstag: Schlagzeile: «Bund bereitet Bevölkerung auf den Kriegsfall vor». Die Unterzeile «Konzeption Zivile Verteidigung» unterstellt, dass Moskau die europäische Friedensordnung offen in Frage stelle. In der Tat bereite die «Konzeption Zivile Verteidigung» den Kriegsfall vor. Von der NATO werden neue Kriegsszenarien geplant. Die Wörter, mit denen das künftige Geschehen bezeichnet wird, heißen «vernetzter Ansatz», «hybride Kriegsführung» und «Resilienz». Mittels Vorratshaltung solle die Widerstandsfähigkeit erhöht werden. Die FAZ von heute berichte zwar von einem Boom bei den Notfall-Ausrüstern, aber bei den großen Handelsketten werde der diesbezügliche Nachfrageschub noch vermisst. Die Öffentlichkeit reagiere eher unangemessen, nämlich allenfalls satirisch auf diese Zumutungen. In der Tat erinnern

sie an Maßnahmen in den fünfziger Jahren, in denen wir uns mittels Haferflocken und Reisvorräten vor dem Atomkrieg schützen sollten. Aber: «Man muss diese Absichten ernst nehmen. Es drängen starke Kräfte auf Krieg und Russland steht dabei im Fokus.»



So heißt es im Aufruf der Friedensbewegung für den 8. Oktober: «Die aktuellen Kriege und die militärische Konfrontation gegen Russland treiben uns auf die Straße. Deutschland befindet sich im Krieg fast überall auf der Welt. Die Bundesregierung betreibt eine Politik der drastischen Aufrüstung. Deutsche Konzerne exportieren Waffen in alle Welt. Das Geschäft mit dem Tod blüht.»

«Dieser Politik leisten wir Widerstand. Die Menschen in unserem Land wollen keine Kriege und Aufrüstung – sie wollen Frieden. Die Politik muss dem Rechnung tragen.»

Die Kriegspolitik stehe in einem engen Zusammenhang mit der gegenwärtigen Wirtschaftsschwäche und der Krise der Banken. Er erinnert auch an die Aktionen gegen TTIP und Ceta am 17. September. In Köln werden mehrere 10.000 Demonstranten erwartet.

**Unser nächster Gruppenabend:  
3. Dienstag im Monat, 19:30 Uhr  
Freidenkerzentrum Bayenstraße 11**

**Schau doch mal vorbei!**